

POLITIK AKTUELL

Ausgabe 1/2009
30.01.2009

Informationen aus Berlin, Dresden
und der Region

Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe
Mitreiter, sehr geehrte
Damen und Herren!

Die globale Wirtschaftskri-
se stellt Deutschland wie
die internationale Staaten-
gemeinschaft insgesamt
vor eine gewaltige Heraus-
forderung. Die weltweite
Rezession droht viele Ar-
beitsplätze in Gefahr zu
bringen, mit besonderen
Folgen für den Exportwelt-
meister Deutschland. Es ist
gut, dass der deutsche
Staat jetzt aus einer Positi-
on der Stärke handeln
kann. Die unionsgeführte
Große Koalition hat mit
einer soliden Finanzpolitik
und mit beschäftigungs-
schaffender Wirtschaftspo-
litik dafür gesorgt, dass uns
heute in der Krise nicht die
Hände gebunden sind.

Unsere Wirtschaft ist stark,
deutsche Produkte sind
weltweit wettbewerbsfähig.
In den letzten drei Jahren
sind über 1,5 Millionen
sozialversicherungspflichtige
Arbeitsplätze entstanden.
Die sozialen Siche-
rungssysteme und die öf-
fentlichen Haushalte sind
durch die Strukturreformen
der vergangenen Jahre kri-
senfester gemacht worden.
Jetzt kommt es darauf an,
entschlossen zu handeln
und Arbeit und Beschäfti-

gung zu sichern. Deutsch-
land soll aus der Krise stär-
ker heraus kommen, als es
hineingeht.

Bund, Länder und Kommu-
nen werden deshalb in ei-
nem außergewöhnlichen
finanziellen Kraftakt ein
Impulspaket auf den Weg
bringen, wie es so konzent-
riert und koordiniert noch
nie in der Geschichte der
Bundesrepublik geschehen
ist. Mit einer deutlichen
Entlastung der Bürger bei
Steuern und Abgaben wer-
den wir die Binnennachfra-
ge stärken.

Von der Anhebung des
Grundfreibetrags, den tarif-
lichen Entlastungen und
der Reduzierung des ein-
heitlichen Krankenversi-
cherungsbeitrages profitie-
ren nahezu alle Beschäftig-
ten. Familien profitieren
darüber hinaus von einer
Einmalzahlung von 100
Euro pro Kind. Unterneh-
men werden durch niedri-
gere Lohnnebenkosten
entlastet und erhalten
durch Bürgerschaftsprogram-
me in einem Volumen von
100 Milliarden Euro leichte-
ren Zugang zu Fremdfinan-

zierungen. Mit einem Inves-
titionsprogramm für Länder
und Gemeinden in einer
Größenordnung von rund
10 Milliarden Euro setzt die
Große Koalition ganz we-
sentlich auf neue, nachhal-
tige Zukunftsinvestitionen,
z.B. in Schulen, Hochschu-
len, Kindergärten, Kranken-
häuser, in den Städtebau
und in Verkehrsinfrastruk-
tur.

Die Union verliert dabei die
Haushaltskonsolidierung
nicht aus den Augen und
macht sich für die Veranke-
rung einer „Schulden-
bremse“ im Grundgesetz
stark.

Die Länder sind aufgeru-
fen, sich an der Umsetzung
einer in den Grundzügen
für Bund und Länder ver-
bindlichen Schuldenregel
zu beteiligen. Mit diesem
Maßnahmenpaket werden
wir gestärkt aus der Krise
hervorgehen.

Ihr und Euer



In dieser Ausgabe:	
Umweltprämie: Zehn Punkte, die man jetzt wissen muss	2
Bürokratieabbau– Mittelstand entlastet	2
Heimische Produktion setzt international Standards	3
„Wir wollen Sachsen stark machen!“ Interview mit Minister- präsidenten Tillich	5
„Es geht um Sachsen!“	6
Impressionen von der Landesvertreterver- sammlung	6
Dr. M. Luther wirbt für Dr. M. Luther	7
Impressum & Termine	8

Umweltprämie: Zehn Punkte, die man jetzt wissen muss

Das Bundeskabinett hat am 14. Januar 2009 eine Umweltprämie von 2500 Euro beschlossen, die gezahlt wird, wenn ein Altfahrzeug verschrottet und ein neuer Wagen gekauft und zugelassen wird. Folgende Eckpunkte stehen jetzt fest:

1. Die vorgesehenen Finanzmittel in Höhe von 1,5 Mrd. Euro stellen die Obergrenze dar. Die Mittelverteilung erfolgt erschöpfend nach der Reihenfolge der Antragseingänge. Die administrativen Abwicklungskosten sind aus den 1,5 Mrd. Euro aufzubringen.

2. Stichtag ist der 14. Januar 2009 für Kauf und Erstzulassung des Neuwagens/für Kauf und Zulassung des Jahreswagens.

Die Laufzeit endet am 31.12.2009.

3. Begünstigtenkreis: Natürliche Personen, die zuletzt das Altfahrzeug über die Dauer von mindestens einem Jahr auf ihren Namen in Deutschland zugelassen hatten. Entscheidend ist die Personenidentität zwischen Altfahrzeughalter und dem Zulasser des Neu- oder Jahreswagens.

4. Altwagen: mindestens 9 Jahre alter Pkw, d.h. die Erstzulassung des Fahrzeugs muss vor dem 14.01.2000 stattgefunden haben.

5. Neufahrzeug: Fahrzeug, das zum ersten Mal und in Deutschland zugelassen wird und mindestens die Euro 4 Norm erfüllt.

6. Jahreswagen: ist ein Pkw, der längstens ein Jahr auf einen in Deutschland niedergelassenen Kfz-Händler oder Kfz-Hersteller zugelassen war.

7. Verschrottung: Verwertungsnachweis im Zeitraum von 14.01. bis 31.12.2009 durch anerkannten Demontagebetrieb gem. Altfahrzeugverordnung.

8. Dokumente:

- Original des Verschrottungsnachweises eines anerkannten Demontagebetriebs

- Nachweis der Zulassung des Alt- und des Neufahrzeugs auf den Antragsteller

9. Verfahren: Antragsberechtigter ist der Erwerber des Neufahrzeugs. Er kann

mit der Beantragung auch den Händler beauftragen. Der Antrag wird vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) entgegengenommen, bearbeitet und beschieden.

10. Missbrauchsvorkehrungen: Durch entsprechende Ausformulierung der Förderrichtlinie ist der Missbrauchsanfälligkeit vorzubeugen bei gleichzeitiger Sicherstellung eines möglichst unbürokratischen und schnellen Verfahrens. Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ist ab sofort eine Telefon-Hotline geschaltet. Dort werden unter 06196/908470 weitere Fragen beantwortet.

www.bafa.de

Bürokratieabbau – Mittelstand entlastet

Bürokratie kostet Zeit, Bürokratie kostet Geld. Beides sind entscheidende Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Deswegen haben sich die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen vorgenommen, Bürokratie so weit wie möglich abzubauen. Damit helfen wir den Firmen direkt, Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten und so kostensparender zu arbeiten. Gerade in der momentanen Wirtschaftslage ist Bürokratieabbau darum besonders wichtig, denn es ist Win-Win-Politik: sie kostet den Staat kein Geld, aber sie spart den Unternehmen, den Verwaltungen und den Bürgern viele unnötige Kosten.

Das Dritte Mittelstandsentslastungsgesetz ist eine der Maßnahmen des Regierungsprogramms für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung, das im Frühjahr 2006 gestartet ist. Damit wurde erstmals eine standardisierte Methode für Bürokratieabbau einge-

führt, die Kosten für Dokumentations- und Informationspflichten messbar macht. Zudem wurde der Normenkontrollrat gegründet, ein unabhängiges Gremium, das sämtliche Gesetzentwürfe bereits im Gesetzgebungsverfahren auf Bürokratiekosten hin überprüft. Somit können bereits im Vorfeld überflüssige Kosten vermieden werden. Bisher konnten bereits über 300 Informations- und Dokumentationspflichten abgeschafft werden. Mit den 23 Maßnahmen des Dritten MEG werden vor allem kleine und mittlere Betriebe entlastet. Die Vereinfachung der Handwerkszählung über 460.000 selbständige Betriebe, denen wir damit jährlich anfallende Kosten in Höhe von 24 Mio. Euro, mit den Änderungen im Gewererecht wurde eine Kostenersparnis von rund 70 Millionen Euro erzielt. Das sind beträchtliche Summen, aber es könnte noch mehr sein, auch wenn es schwierig ist. Vieles ist heute in irgendei-

ner Form digital vorhanden. Gerade hier liegt noch eine Menge Potenzial. Das gilt für alle Ministerien, besonders für das Bundesfinanzministerium. Leider ist die Bereitschaft zum Bürokratieabbau dort bisher nicht sehr ausgeprägt. Dabei stammen 60 Prozent der Steuerfachliteratur weltweit aus Deutschland - ein Rekord, auf den wir nicht stolz sein können. Darum brauchen wir besonders in diesem Bereich dringend Vereinfachungen und wir werden dies in der nächsten Legislaturperiode intensiv angehen müssen.

Die technischen Möglichkeiten des digitalen Zeitalters bieten uns viele Möglichkeiten für eine Vereinfachung und eine Entschlackung gewohnter Verfahren. All diese Verfahren gilt es, weiter zu entwickeln und die technischen Voraussetzungen so zu optimieren, dass EGovernment letztlich zum Synonym wird für eine bürgerfreundliche, moderne Verwaltung. Denn

nur so sparen wir in den Verwaltungen viel Bürokratie ein, und das ist vor allem ein Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger, denen wir viel Papierkram ersparen. Wir haben uns am Anfang dieser Legislaturperiode ein ehrgeiziges Ziel gesetzt, nämlich die Bürokratiekosten bis 2012 insgesamt um 25 Prozent und bis Ende 2009 bereits um 12,5 Prozent abzusenken. Das entspricht einer Kostenentlastung um rund 6 Mrd. Euro. Mit den bisher umgesetzten Maßnahmen haben wir bereits ein Einsparvolumen von rund 3,5 Mrd. Euro erreicht. Wenn alle initiierten Gesetzesvorhaben in Kraft getreten sind, werden bis Ende dieses Jahres Unternehmen und Verwaltungen um rund 7 Mrd. Euro Bürokratiekosten entlastet. Wir sind also auf einem guten Weg. Aber wir können noch mehr tun, um Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Wir setzen damit Kräfte frei, die dieses Land gerade jetzt dringend braucht.

Heimische Produktion setzt international Standards

Anlässlich des traditionellen Rundgangs der AG Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz auf der Internationalen Grünen Woche machten Politiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion deutlich, dass die Union auf Seiten der Land-, Agrar- und Ernährungswirtschaft steht. Die Union hält Kurs in der Agrar- und Ernährungspolitik. UBG und Waldgesetz sind mit der Union nur zu machen, wenn damit keine weiteren bürokratischen Belastungen für die Landwirtschaft verbunden sind. Besonders im Milchmarkt haben wir uns klar positioniert:

Die Quotenregelung wird 2015 auslaufen. Die nächsten Jahre müssen dazu genutzt werden, den Quotenausstieg zu begleiten und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Milchbauern und der Milchwirtschaft zu verbessern, auch mit den Mitteln aus der im Rahmen des Health Check vereinbarten höheren Modulation. Darüber hinaus muss die Union alle Maßnahmen nutzen, die ihr nach den geltenden Regeln der WTO zur Verfügung stehen, wie z. B. die Intervention oder die Gewährung von Ausfuhrerstattungen. Die CDU/CSU-Bundestags-

fraktion sagt klar, dass dies für sie Mittel zweiter Wahl sind. Aber als Element eines Sicherheitsnetzes bei extremen Marktstörungen sind Exporterstattungen aktuell notwendig, um Währungsdisparitäten auszugleichen und das Wegbrechen eines ganzen Produktionszweiges zu verhindern. Befürchtungen, dass diese Maßnahmen zulasten von Bauern in Entwicklungsländern gehen, werden sich nicht bewahrheiten.

Ziel der Union ist es, eine flächendeckende Landbewirtschaftung in Deutschland zu erhalten. Dies sichert lebenswerte ländliche Räume und ein vielfältiges Angebot regionaler Spezialitäten. Nur wenn die Produktion von Nahrungsmitteln durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Land erhalten wird, können wir international unsere hohen Standards in Tierschutz oder Umweltschutz einfordern und durchsetzen. Wir lassen es nicht zu, dass unsere hohen Produktionsstandards von Interessengruppen, die damit ihr Geschäft betreiben, mies gemacht werden. In der aktuellen Diskussion um die Stabilisierung der Agrarkonjunktur setzt die Union

auf mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen. Dazu gehört die Einführung einer Risikoausgleichsrücklage, um große Preis- und Ertragsschwankungen leichter auszugleichen. Darüber hinaus setzen wir uns für zusätzliche Mittel in der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) ein, um einzelbetriebliche Investitionen zu fördern und den in einigen Regionen vorhandenen Investitionsstau aufzulösen.

Nicht populistische Forderungen sind das Gebot der Stunde, sondern eine ernsthafte Prüfung von Möglichkeiten, die die Auswirkungen der Finanzkrise und des aktuellen Preisverfalls auf die einzelnen Betriebe verringern können. Dazu gehört auch die von der Union schon oft vorgebrachte Forderung nach einer Anpassung der Agrardieselbesteuerung. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Nur wenn für die Land- und Agrarwirtschaft faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden, ist sie in der Lage, ihren notwendigen Beitrag zur Sicherung der Welternährung und zu Sicherstellung der Energie-

versorgung zu angemessenen Preisen zu leisten. Die hohe Qualität der Produkte der deutschen Ernährungswirtschaft ist beeindruckend. Sie genießen daher international einen hervorragenden Ruf. Wir setzen uns für eine Stärkung der Verbraucherinformation beim Einkauf von Lebensmitteln durch eine klare und verständliche Kennzeichnung auf den Verpackungen ein, u. a. durch die Angabe der Gesamtkalorien auf der Vorderseite.

Die so genannte "Ampelkennzeichnung" ist und bleibt für die Union reine Alibipolitik und eine Entmündigung des Verbrauchers. In Bezug auf die Vermeidung von Problemen beim Umgang mit Alkohol, insbesondere bei Jugendlichen, setzt die Union auf die Einhaltung der bestehenden Gesetze und auf präventive Maßnahmen. Wichtigstes Element ist dabei die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus, Schulen und Gastronomie. Steuererhöhungen, weitergehende Verbote oder Einschränkung der Werbung sind für uns die falsche Antwort auf die aktuellen Herausforderungen.

Potential ländlicher Räume für den Tourismus nutzen

In dieser Woche fand eine Öffentliche Anhörung des Tourismus-Ausschusses zum Thema „Urlaub auf dem Bauernhof und Landtourismus – Chance zur Stärkung ländlicher Räume“ statt. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die zuständige Berichterstatterin machten deutlich, dass Landtourismus und Bauernhofurlaub einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität des Tourismusstandortes Deutschland leisten. Die

Sachverständigen hoben übereinstimmend die wichtigen wirtschaftlichen Impulse sowie das große Potential dieser Urlaubsform für ländliche Räume hervor.

Dabei sind die besondere Erlebnisqualität, Naturnähe und Authentizität wichtige Alleinstellungsmerkmale, insbesondere gegenüber touristischen Massenzielen im Ausland. Auf große Zustimmung stießen die Forderungen des Koalitionsantrages „Bauernhofurlaub und Landtourismus weiter

fördern, ländliche Räume nachhaltig stärken“. Demnach sollte das Urlaubssegment Bauernhof- und Landtourismus durch die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) intensiver überregional und international vermarktet und eine Qualifizierung von Anbietern über das Deutsche Seminar für Tourismus (DSFT) unterstützt werden.

Im Rahmen der Regelungen zur Außenbereichsnutzung (§ 35 Baugesetzbuch) sollte der vorgegebene gesetzli-

che Rahmen noch besser ausgeschöpft werden. Bei den Rundfunkgebühren sollten flexiblere Regelungen für die saisonale Abmeldung und bei der bisher getrennten Berechnung von Gästezimmern und Ferienwohnungen angestrebt werden. Weiterhin wurde von allen Sachverständigen erneut die Sommerferienregelung 2011 bis 2017 kritisiert, die die Belange der Tourismuswirtschaft und der erholungssuchenden Bevölkerung nicht genügend berücksichtigt.

In erster Lesung behandelte der Bundestag das **Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland**. Mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket wollen wir die Bürgerinnen und Bürger entlasten und dadurch die Kaufkraft erhöhen. Mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und der Förderung von Qualifikation bekämpfen wir die Arbeitslosigkeit und stellen sicher, dass den Unternehmen in Deutschland auch nach der Krise gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen. Umfangreiche staatliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur stärken den Standort Deutschland und sorgen dafür, dass wir gestärkt aus der Krise hervorgehen werden.

In zweiter und dritter Lesung wurde das **Zivilschutzgesetzänderungsgesetz** behandelt, mit dem sichergestellt wird, dass den Ländern die Ressourcen, die der Bund für den Zivilschutz vorhält, auch bei Naturkatastrophen und

anderen besonders schweren Unglücksfällen, z. B. terroristischen Anschlägen, zur Verfügung stehen. Das Gesetz eröffnet zudem die Möglichkeit zentraler Koordinierungsmaßnahmen durch den Bund auf Ersuchen und im Einvernehmen mit den betroffenen Ländern. Das operative Krisenmanagement verbleibt in jedem Fall bei den Ländern. Es wird hier kein operatives Weisungsrecht des Bundes gegenüber Landesbehörden geben. Die verfassungsmäßige Zuständigkeitszuweisung bleibt unverändert.

In zweiter und dritter Lesung wurde das **Zehnte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes** debattiert, mit dem der personelle Sabotageschutz in diesem Bereich an die veränderte Beurteilung der Sicherheitslage angepasst wird. Zudem regelt der Gesetzentwurf die Anwendung der atomrechtlichen Vorschriften für Anlagen des Bundes zur Endlagerung radioaktiver Abfälle und legt als Konsequenz aus dem Statusbericht des Niedersächsischen Ministeriums für

Umwelt und Klimaschutz zur Schachanlage Asse den Übergang der Betreiberfunktion vom Helmholtz Zentrum München auf das Bundesamt für Strahlenschutz fest.

Es erfolgte die zweite und dritte Lesung des **Gesetzes zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation** (SIS-II-Gesetz). Das Gesetz passt die nationalen Rechtsvorschriften an die Verordnung und den Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Errichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation an. Die Anpassung erfolgt durch die Erklärung der Anwendbarkeit des Ratsbeschlusses für Deutschland, die Aufhebung einiger Artikel des Gesetzes zu dem Schengener Übereinkommen und die Überführung der entsprechenden Vorschriften in die Fachgesetze. Die Ausschreibungsbefugnisse werden den geänderten europäischen Vorschriften angepasst.

In erster Lesung wurde das

Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten behandelt. Mit dem Entwurf werden drei neue Straftatbestände im Bereich der Terrorismusbekämpfung geschaffen. Unter Strafe gestellt werden soll künftig die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, die Anleitung zur Begehung solcher Taten und das Aufnehmen von Beziehungen zu einer terroristischen Vereinigung in der Absicht, sich in der Begehung solcher Straftaten unterweisen zu lassen. Hinzu kommt die Änderung von aufenthaltsrechtlichen Vorschriften, die es ermöglichen sollen, Ausländer, die solche Delikte begehen, auszuweisen oder ein Einreiseverbot zu verhängen. Zudem werden die Vorschriften weiterer Rechtsvorschriften im Bereich der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung (Geldwäschegesetz, Kreditwesengesetz, Zollfahndungsdienstgesetz, Versicherungsaufsichtsgesetz) an die neue Rechtslage angepasst.

Zahlen, Fakten, Wissenswertes

Stabile Preise erwartet: Experten rechnen damit, dass die Inflation im laufenden Jahr bei knapp einem Prozent liegen wird. Damit würde die Kaufkraft im Wesentlichen konstant bleiben. Bereits im November letzten Jahres war die Inflationsrate deutlich gesunken. In der ersten Jahreshälfte 2008 hatte die Inflation dagegen bei 3,3 Prozent gelegen. Ausschlaggebend für die hohen Preissteigerungen waren vor allem die hohen Preise für Energie und Rohstoffe gewesen. Mit Eintrübung der weltweiten Konjunktur sind jedoch auch die Verbraucherpreise wieder gesunken. Ähnlich wie in Deutschland sieht die

erwartete Entwicklung auch für die anderen Industrienationen aus. Lediglich Belgien muss mit einer Inflationsrate von mehr als 2 Prozent in diesem Jahr rechnen.

Standort Ostdeutschland bleibt attraktiv: Trotz der Krise beurteilen ostdeutsche Unternehmen mit ausländischen oder westdeutschen Investoren die Aussichten für das laufende Jahr überwiegend positiv. 36 Prozent von ihnen erwarten für 2009 keine Veränderung der Investitionen, 33 Prozent rechnen mit einer Zunahme und nur 23 Prozent gehen von einem Rückgang aus. 95 Prozent der Unternehmen rechnen

nicht mit einem Einbruch der Exporte. Auch hinsichtlich der Beschäftigungslage zeigten sie sich zuversichtlich: Lediglich 13 Prozent der Firmen erwarten Entlassungen am ostdeutschen Standort.

Erwerbstätigkeit Älterer hat deutlich zugenommen: In den letzten zehn Jahren ist die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen deutlich gestiegen: Waren im Jahr 1997 nur 37,7 Prozent dieser Altersgruppe erwerbstätig, so sind es heute bereits 51,5 Prozent. In keiner anderen Altersgruppe hat die Erwerbstätigkeit so deutlich zugenommen. Damit liegt Deutschland deutlich über

dem Durchschnitt der EU-Länder von 44 Prozent und erfüllt bereits heute die im Lissabon-Prozess für das Jahr 2010 vereinbarte Zielquote von 50 Prozent. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung ist neben dem höheren Bildungsniveau vor allem die demographische Entwicklung: Die Anzahl der 60- bis 64-Jährigen geht seit etwa fünf Jahren zurück. Gleichzeitig steigt der Anteil der 55- bis 59-Jährigen als Folge der geburtenstärkeren Jahrgänge an. Für 55-Jährige betrug die Erwerbstätigenquote im Jahr 2007 noch 73,2 Prozent, für die Gruppe der 60-Jährigen lag sie mit 47,1 Prozent deutlich darunter.

Drei Fragen an Stanislaw Tillich

Stanislaw Tillich im Gespräch mit Matthias Held (CDU-Onlineredaktion)

Am 17. Januar 2009 bestimmten die Landesvertreter der Sächsischen Union ihre Kandidaten für die Europa-, Bundestags- und Landtagsliste. Nach rund 12 Stunden stand die Reihung fest. Im Anschluss fragte die CDU-Onlineredaktion Stanislaw Tillich nach seiner Einschätzung.

Die Landeslisten finden Sie unter: <http://www.cdu-sachsen.de/de/WA2009/>

Lesen Sie hier das Interview mit Stanislaw Tillich:

Onlineredaktion: Sie wurden mit 99 Prozent als Spitzenkandidat zur Landtagswahl gewählt. Anders, als es im Vorfeld vermutet wurde, hielten sich die Änderungen bei den einzelnen Listenplätzen in Grenzen. Sind Sie zufrieden?

Stanislaw Tillich: Ich freue mich über das Ergebnis. Die Landesvertreterversammlung ist dem Vorschlag des Landesvorstandes mehrheitlich gefolgt. Wir haben mit einem geschlossenen Auftreten die Partei gestärkt. Das schafft Vertrauen bei den Menschen, die bei den künftigen Herausforderungen auf eine starke Mannschaft bauen. Die Sächsische Union will mit den Bürgerinnen und Bürgern Sachsen weiter stark machen! Ich glaube, wir haben am Samstag

ein deutliches Zeichen gegeben.

Onlineredaktion: In Ihrer Rede zu den Delegierten warnten Sie vor einem Konjunkturprogramm auf Pump. In Bund und den Ländern wird gerade heftig darüber diskutiert, wie weit der Staat mit seinen Hilfsmaßnahmen gehen kann. Kommt die Warnung bei Ihrer Partei an?

Stanislaw Tillich: Mit dem Konjunkturpaket müssen wir Maßnahmen mit Augenmaß beschließen. Wenn wir jetzt viel Geld in die Hand nehmen, dann soll es vor allem dazu dienen, den Finanzmarkt wieder stärker aufzustellen. Diese und alle weiteren Maßnahmen dürfen nicht zu Lasten kommender Generationen gehen. Das heißt, wir müssen aufpassen, dass wir jetzt nicht ungebremst in die Schuldenfalle tappen. Gerade vor diesem Hintergrund freue ich mich, dass auf unser Liste neben vielen erfahrenen Politikern auch eine beachtliche Zahl junger Mitstreiter zu den Wahlen antreten. Sie werden darauf achten, dass wir mit den Konjunkturprogrammen keine Dauer-Hypotheken aufnehmen, bei denen niemand absehen kann, wann sie wieder abgetragen werden.

Onlineredaktion: In Ihrer Rede sprachen Sie vom „Chancenland Sachsen“. Schauen Sie optimistisch in die Zukunft für Sachsen?

Stanislaw Tillich: Eindeutig:

ja! Für mich liegen die größten Chancen in der Leidenschaft der Sächsischen und Sachsen, mit der Sie Herausforderungen anpacken. Früher wurde Sachsen mit Erz reich, das mühsam gewonnen werden musste. Heute heißt unser Rohstoff Wissen. Dass die Sachsen pfiffig sind, ist ja nicht erst seit gestern bekannt. Wir haben Schüler, die im weltweiten Wettbewerb gut mithalten. In unserem sächsischen Bildungssystem legen wir die Grundlagen dafür, dass jeder seine Chancen optimal nutzen und sein Potenzial ausschöpfen kann.

Durch eine enge Verzahnung der Bildungseinrichtungen mit sächsischen Unternehmen erreichen wir eine starke Wertschöpfungskette in unsere Wirtschaft hinein. Beispielsweise erfinden Sächsische Tüftler gerade das Auto neu. In Kamenz werden die Energiespeicher für die Mobilität von morgen hergestellt. Das sichert Arbeitsplätze und schafft neue Jobs für die Menschen in unserem Land.

Onlineredaktion: Vielen Dank für das Gespräch



Stanislaw Tillich
Ministerpräsident

"Es geht um Sachsen!"

Ministerpräsident Stanislaw Tillich stimmt Sächsische Union auf Superwahljahr ein

Sächsische Union stellt Landeslisten für Europa-, Bundes- und Landtagswahlen auf

200 Delegierte der Sächsischen Union haben am 17. Januar 2009 die Listen für die Europa-, Bundes- und Landtagswahlen aufgestellt. Mit fast 99% der Stimmen wurde Ministerpräsident Stanislaw Tillich zum Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 30. August 2009 gewählt. Der

Fraktionsvorsitzende Stefan Flath und Sozialministerin Christine Clauß wurden mit großer Mehrheit auf die Plätze 2 und 3 gewählt. Die Landesliste zur Europawahl führt der ehemalige Staatskanzleichef und Europaminister Hermann Winkler aus Grimma an. Bundesminister Thomas de Maiziere ist Spitzenkandidat auf der Bundestagsliste.

„Unser Ziel ist ein starkes Sachsen! Ein starkes Sachsen gibt es nur mit einer starken Union“ sagte Tillich. Nur mit einem engagierten Einsatz aller Mitglieder werde es der Partei

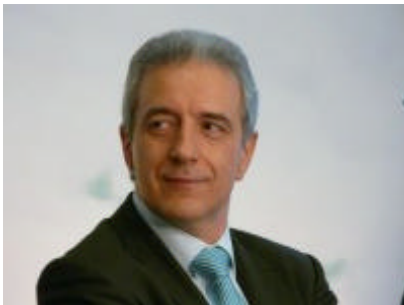
gelingen, auch künftig das Vertrauen der Menschen in Sachsen zu gewinnen.

„Sachsen soll ein Land zum Herkommen und Bleiben sein. Forschung und Innovation, Bildung und Kreativität – das schafft ein anziehendes Klima. Wir sind in der Bildung schon sehr gut. Wir wollen aber noch besser werden. Dazu werden wir die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Schulen und Unternehmen weiter ausbauen. Mit dem beitragsfreien Vorschuljahr und dem Ausbau des Ganztagsangebotes stärken wir unser Bildungssystem. Mit

der Unterstützung von Sportschulen und Vereinen bereichern wir das Miteinander in Sachsen“, gab Tillich die inhaltliche Richtung des Wahlkampfes vor. Themen des Ministerpräsidenten sind Arbeit, Bildung und Solidarität.

Stanislaw Tillich dankte allen Vertretern der Fraktionen für die Arbeit in den letzten Jahren. Seinen besonderen Dank richtete er an die Abgeordneten, die nicht wieder kandidieren werden. „Sie alle haben zu einem gelungenen Generationswechsel beigetragen.“

Impressionen von der Landesvertreterversammlung



Mit 99% gewählt - Stanislaw Tillich führt die Landtagsliste der Sächsischen Union an



Heimat in Sachsen - Die Sächsische Union bleibt die Sachsenpartei



Engagiert für Sachsen - Landesvertreterversammlung



"Wir machen Sachsen stark!" - Plakat auf der Landesvertreterversammlung

Dr. M. Luther wirbt für Dr. M. Luther



Dr. M. Luther
Der Bundestags-
abgeordnete

Der Zwickauer CDU-Bundestagsangeordnete, Dr. Michael Luther, wirbt für die Einrichtung eines Lutherweges, der die Wirkungsstätten des Reformators, Dr. Martin Luther, im Freistaat Sachsen verbindet.

„Anlässlich des 500. Jahrestages der Reformation im Jahr 2017 unterstütze ich die Bestrebungen in Sachsen reformationsgeschichtlich bedeutsame Orte durch einen Lutherweg zu verbinden, und diesen Weg an die bereits bestehenden Pilgerwege in Thüringen und Sachsen-Anhalt anzuschließen“, so Luther. „Dabei werde ich mich besonders dafür einsetzen,

dass der sächsische Lutherweg auch durch Zwickau führt. Im Jahre 1522 hielt sich Luther mehrere Wochen in Zwickau auf, hielt dort Predigten und konnte schließlich in einer geistigen Auseinandersetzung einen Stimmungsumschwung zu seinen Gunsten erreichen.“

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Luther will sich beim Kuratorium – welches für die Vorbereitungen der Aktivitäten um den Reformator Dr. Luther verantwortlich ist – für seine Ziele einsetzen. Er betont zudem, dass der touristische Aspekt für Zwickau nicht zu unterschätzen ist.



Dr. M. Luther
Der Reformator

- Bundesweiter Vorlesetag -

Bundestagsabgeordneter Michael Luther liest im „Regenbogenland“ in Mülsen St. Niclas

Der CDU-Bundestagsabgeordnete der Region, Dr. Michael Luther, nahm am bundesweiten Vorlesetag der Stiftung Lesen und der Wochenzeitung DIE ZEIT teil. Er besuchte in diesem Zusammenhang die KITA „Regenbogenland“ in Mülsen St. Niclas. „Ich habe sehr gern an dieser Aktion teilgenommen und einen Kindergarten in meinem Wahlkreis besucht, denn vorlesen ist fundamental wichtig für die Entwicklung von Sprach- und Lesekompetenz. Für mich ist der Vorlesetag ein Beitrag zur Stärkung des Bildungsstandortes Deutschland“, so Dr. Michael Luther.



Dr. Michael Luther beim Vorlesen

Die circa 15 Knirpsen lauschten gespannt den Worten des Bundestagsabgeordneten. Er las ihnen die Geschichte vom „Hirsch Heinrich“ vor, welche die

Kinder in ihren Bann zog. Das bunt illustrierte Buch, überreichte Dr. Luther zum Abschluss den Kindern, damit Sie noch viel Freude mit der Geschichte vom „Hirsch Heinrich“ haben.

CDU KV Zwickau-Werdau

Kreisgeschäftsstelle
Hauptstraße 28/30
08056 Zwickau
Telefon: 0375-282710
Fax: 0375-294567
E-Mail: CDU-Zwickau@arcor.de

Ab September 2009 beginnt in der EU stufenweise das Verbot von Glühbirnen. Wie die Glauchauer Zeitung in ihrer Ausgabe vom 20.01.2009 berichtete, steht das Ballhaus „Neue Welt“ in Zwickau damit vor einer besonderen Herausforderung, denn für die denkmalgeschützten Glühbirnen der Kronleuchter gibt es bisher keine energiesparende Alternative.

Berlin/ Zwickau 28.01.2009 – Der Zwickauer Bundestagsabgeordnete Michael Luther hat das Problem sofort aufgegriffen. In einem Schreiben wandte er sich an Bundesumweltminister Gabriel sowie an Bundeswirtschaftsminister Glos, um auf die Problematik aufmerksam zu machen. „Ich begrüße die stufenweise Umstellung auf Energiesparlampen, jedoch sind bis September noch einige Hürden zu nehmen. Niemand darf durch die Umstellung benachteiligt werden, allerdings scheint sich in diesem Fall ein deutliches Problem abzuzeichnen.“ Sowohl der Umwelt- als auch der Wirtschaftsminister sind nun gefragt, wie man in diesen Fällen verfahren wird, um



Termine Februar 2009

02.02.09	Denkfabrik Sachsen - Offenes Forum für Zukunftsfragen; Uhrzeit: 17.30 Uhr; Ort: Dresden; zu Gast ist Friedrich Merz	26.02.09	nächste Bürgersprechstunde von Dr. Michael Luther im Wahlkreisbüro, Hauptstr. 28 in Zwickau; Zeit: 15.00 bis 17.00 Uhr
09.02.09	Senioren Union Klausurtagung des Landesvorstandes mit den Kreisvorsitzenden; Ort:Dresden	27.02.09	nächste Kreisvorstandssitzung

Impressum

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.). Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau. Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28
08056 Zwickau
Tel.: (0375) 29 17 79
Fax: (0375) 29 45 67
E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 – 7 70 92
Fax: (030) 227 – 7 61 16
E-Mail: michael.luther@bundestag.de

CDU im Netz

www.michael-luther.de
www.cdu-zwickau-werdau.de